



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 04.12.2019, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Haushaltsplan 2020 und Finanzplanung mit** **Vorl.Nr. 397/19**
Investitionsprogramm 2019 - 2023
- Beratung und Entscheidung über Anträge zum
Haushaltsplan

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt er Tagesordnungspunkt 2 ab und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Es wird der nach der Gemeinderatssitzung vom 03.12.2019 verbliebene Teil der gestellten Haushaltsanträge beraten und entschieden.

Außerdem informiert Herr **Kistler** (Fachbereich Finanzen) über die vorgenommenen Änderungen im Änderungsverzeichnis.

TOP 1.1 **Antrag zur Änderung des Beschlusses zur Vorl.Nr.** **Vorl.Nr. 511/19**
137/19 Schulsozialarbeit und teilweise Aufhebung des
Haushaltsvorbehalts

Beschluss:

Der Beschluss für die Aufstockung der 50% Stelle auf 100% Schulsozialarbeit an der Gottlieb-Daimler-Realschule wird direkt in 2020 umgesetzt und nicht, wie die anderen beschlossenen Aufstockungen, zeitlich verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** geht auf den Antrag der SPD-Fraktion ein und gibt das Wort an EBM Seigfried weiter.

Unter dem Haushaltsvorbehalt seien die Beschlüsse zur Vorlage Nr. 137/19 gefasst worden, so EBM **Seigfried**. Die Gottlieb-Daimler-Realschule solle laut Antrag in den Haushalt aufgenommen werden. Im Haushalt müsste für die Zeit 01.09. bis 31.12.2020 ein Betrag von 10.000 Euro eingestellt werden. Man könne mit einem Landeszuschuss in Höhe von Euro 4.000 rechnen.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** erläutert den Antrag. Die dringlichste Stelle sehe er an der Gottlieb-Daimler-Realschule und bittet diese vorzuziehen.

Stadtrat **Prof. Vierling** kann mit dem Antrag mitgehen und dankt der SPD-Fraktion hierfür.

Der Antrag sei verständlich, merkt Stadtrat **Meyer** an. Die Herausnahme einer Schule sei jedoch nicht schlüssig und wünscht eine Stellungnahme der Verwaltung.

Schulsozialarbeit ist für alle Schulen wichtig, so Stadtrat **Weiss**. Er begrüßt den Antrag. Dennoch müsse dies im Gesamtkontext gesehen werden und wünscht weitere Information.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass kein eigenes Personal, sondern das Personal der freien Träger eingesetzt werde, dieses jedoch auch finanziert werden müsse. Weiter geht er auf die Vorlage ein. Die weiterführenden Schulen seien später eingestiegen, ausgenommen die Werkrealschulen. Bei einer Differenzierung zwischen Gymnasien und Realschulen und unter dem Gesichtspunkt der Gleichmäßigkeit könne die Gottlieb-Daimler-Realschule vorgezogen werden. Die geschäftsführenden Schulleiter können hier mitgehen.

Stadtrat **Heer** stimmt dem Antrag zu.

Stadtrat **Müller** schließt sich den Vorrednern an. Die Schulsozialarbeit habe eine hohe Wichtigkeit.

Stadträtin **Burkhardt** kann mit dem Antrag mitgehen.

EBM **Seigfried** geht auf die finanzielle Konsequenz ein. Zusätzlich müssen für das Jahr 2020 Ausgaben in Höhe von 10.000 Euro eingeplant werden. Ab dem Jahre 2021 rund 30.000 Euro. Die Einnahmeposition könne um Euro 4.000 erhöht werden.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den Antrag abstimmen.

Antragstext:

Das Parkgebührenaufkommen wird um 1 Million Euro auf 4,3 Millionen Euro erhöht. Zu diesem Zweck werden die Parkgebühren in geeigneter Weise erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Prof. Vierling** erläutert den Antrag und die positive Vision von der Zukunft der Stadt zu mehr Grün, mehr Fahrradverkehr, mehr öffentlicher Verkehr, mehr Platz für Wohnen und weniger Platz für stehenden und fahrenden Individualverkehr. Dies erfordere eine deutliche Erhöhung der Parkgebühren. Die Benutzung des öffentlichen Verkehrs und der Fahrräder müsse günstiger und die Nutzung der Autos teurer werden. Dies gebe einen Anreiz zu weniger Autofahrten, Verzicht auf Autos und Stellplätze, sowie eine Erhöhung der Einnahmen für die Stadtkasse. Die Gebührezeit solle auch auf die Abendstunden ausgedehnt werden.

Die Vision sei verlockend aber utopisch, so Stadträtin **Dr. Klünder**. Man brauche die Kundenströme aus dem Umland, die verstärkt mit dem Auto kommen. Hier sei die fehlende Infrastruktur maßgebend. Eine Umfahrung könne hier helfen. Es dürfe nicht nur an die frequenzstarken Verkaufstage gedacht werden. Die Innenstadt stehe in Konkurrenz zum BreuningerLand.

Der Betreiber der Parkhäuser sei die SWLB, so Stadtrat **Rothacker**. Er bezweifelt die angestrebten Mehreinnahmen für die Stadt. Auch für die Elektromobilität werden Stellplätze benötigt. Es müsse ein Konzept für alle Verkehrsteilnehmer erstellt werden. Zudem solle die Stellungnahme von LUIS beachtet werden. Eine Verlängerung der Gebührezeit bis in die Abendstunden gehe zu Lasten der Anrainer. Er werde dem Antrag nicht zustimmen.

Stadträtin **Liepins** könne einer Erhöhung, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, mitgehen. Eine darüberhinausgehende Erhöhung sei nicht vertretbar. Die Stellungnahme von LUIS, wie auch die kostenlosen Parkplätze im BreuningerLand, müsse mitgedacht werden. Weniger Autos in der Stadt sei ein langfristiges Ziel.

Stadtrat **Haag** sieht in dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen keine Vision für die Zukunft und wird dem Antrag nicht zustimmen. Zudem sei eine Mindereinnahme im Handel und in der Gastronomie zu erwarten und somit weniger Gewerbesteuereinnahmen.

Stadtrat **Müller** wünscht eine zeitliche Staffelung des Verwaltungsvorschlages zum Wochen- und Monatsticket. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sei eine Perspektive für eine langfristige Lösung. Hierzu benötige man Zeit zur Anpassung.

Stadträtin **Burkhardt** kann mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen, darüber hinaus jedoch nicht. In der Innenstadt sollten bestimmte Bereiche zur Fußgängerzone erklärt und der Parkverkehr in die außenliegenden Parkhäuser konzentriert werden. Sie wünscht sich ein Konzept

dahingehend.

Stadtrat **Dogan** sieht den Antrag als nicht zielführend. Er sieht die Gefahr der Abwanderung zum BreuningerLand.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Parksituation der Innenstadtanwohner ein. Der Parkdruck sei enorm. Mit einer Erweiterung in die Abendstunden könne dies entschärft werden. Sie wünscht von der Verwaltung nähere Informationen zur Erwirtschaftung der Mehreinnahmen von 1 Million. Weiter wird auf das Pendlerparkticket eingegangen. Hier hätte ein höherer Betrag eingenommen werden können.

Das Thema sei sehr grundlegend und wichtig, so OBM **Dr. Knecht**. Dennoch bittet er den Antrag zu fokussieren.

Stadtrat **Heer** erinnert an den Antrag der FDP-Fraktion zum Thema Parkierung.

Intensiv werde dieses Thema im Ausschuss Mobilität, Technik und Umwelt am 11.12.2019 beraten, so BM **Ilk**.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den Antrag abstimmen.

Antragstext:

Dem Gemeinderat wird auf der Basis des Klimakonzeptes von 2016 (faktorgrün) eine Auswahl von Flächen vorgelegt, auf denen die Anlage eines neuen Stadtwaldes oder eines neuen Stadtparks notwendig und möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird zur Beratung in den BUL und MTU verwiesen, schlägt **BM Ilk** vor. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Stadträtin **Burkhardt** fügt noch hinzu, dass die Fläche Osterholz in Zusammenarbeit mit der Stadt Asperg besprochen werden solle. Dieses Gelände könne für Freizeit und Erholung aktiviert werden. Im Klimakonzept gebe es konkrete Vorschläge. Weiter geht sie auf die baumfreien Plätze, wie Marktplatz und Rathaushof, ein. Hier solle die Möglichkeit einer Begrünung geprüft werden. Zudem solle die Baumbewässerung überdacht werden.

Antragstext:

Die Ansätze in Höhe von 3,2 Millionen Euro für die Umgestaltung des Walckerparks werden auf 2 Millionen Euro Gesamtsumme reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Beratung zur Landesgartenschau. Der Walckerpark sei ein wesentlicher Baustein für die Landesgartenschau. Die Höhe der Kosten sei aufgrund der Fläche berechtigt.

BM **Nießen** geht ergänzend auf die Entsiegelung ein und wirbt für dieses Projekt. Man sei bereits weit in der Planung fortgeschritten und die Bausumme könne nicht reduziert werden. Fördermittel seien beantragt und bis April 2021 bewilligt.

Die Grüngestaltung könne günstiger gestaltet werden, merkt Stadtrat **Eisele** an.

Stadtrat **Bauer** kann dem Antrag nicht folgen. Das Projekt stehe kurz vor dem Abschluss. Im Sinne des Klimaschutzes erfolgt eine Entsiegelung, neue Bäume werden gepflanzt und alte Bäume bleiben erhalten.

OBM **Dr. Knecht** sieht eine Entwicklungschance für die untere Stadt.

Es sollten keine Einzelmaßnahmen herausgegriffen werden, so Stadträtin **Seyfang**.

Stadtrat **Rothacker** geht auf die lange Beratungsdauer zum Walckerareal ein. Eine Mittelkürzung wäre für die untere Stadt das falsche Signal.

Stadtrat **Juranek** wundert sich grundsätzlich über die Realisierung dieses Projektes. Dieses gehöre eingebettet in das Gesamtkonzept zur Landesgartenschau. Dennoch werde er aufgrund des weit vorangeschrittenen Verfahrensstandes dem Antrag nicht zustimmen.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den Antrag abstimmen.

geänderter Beschluss:

~~Es wird ein 1000-Bäume-Wald-Programm (Klimawald) aufgestellt, Ausgabe 300.000 Euro.
Die Verwaltung prüft mögliche Flächen auf Ludwigsburger Gemarkung und berichtet im 1.
Halbjahr 2020.~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird einstimmig mit 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

BM **Iik** schlägt vor, dieses Thema im BUL zu beraten.

Stadtrat **Handel** kritisiert die fehlenden Klimaschutzmaßnahmen und Klimaschutzziele im Haushalt. Es solle ein Programm für einen Klimaschutzwald aufgestellt werden. Viele Bürger wollen Bäume spenden. Dieses Projekt finanziere sich selbst. Die Ausgleichsmaßnahmen sollten nicht nur am Neckar, sondern in der Nähe der Autobahn entstehen. Weiter spricht er die fehlenden Maßnahmen für den Artenschutz an. Er wünscht eine Abstimmung. Ein Beschluss sei ein Zeichen für den Klimaschutz.

Stadtrat **Heer** sieht 1.000 Bäume in 10 Jahren als umsetzbar und verweist auf den Antrag der FDP-Fraktion Nr. 473/18. Er freut sich, dass die Grünen-Fraktion die Anregungen der FDP-Fraktion aufgenommen haben.

In der Vergangenheit sei viel für den Klimaschutz getan worden, so Stadtrat **Herrmann** und geht auf einzelne Maßnahmen ein. Mögliche Flächen für eine Bepflanzung der gespendeten Bäume sollen von der Verwaltung untersucht werden. Zu Bedenken gebe er, dass die Landwirtschaft nicht belastet werden solle. Eine Behandlung solle im zuständigen Gremium erfolgen. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

In Ludwigsburg werden bereits viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, merkt Stadtrat **Weiss** an. Er verweist auf den Antrag bezüglich Schottergärten. Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen könne seine Fraktion nicht zustimmen. Man brauche ein Gesamtkonzept für Baumbepflanzungen.

Es sollten konkrete Projekte beantragt werden, fordert Stadtrat **Dr. O`Sullivan** und verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion die öffentlichen Feldwege und Ackerränder zu begrünen und Hecken zu pflanzen. Mögliche öffentliche Flächen für einen Wald sollen untersucht werden. Die Landwirtschaft brauche die Ackerflächen. Der Haushaltsansatz solle aus dem Antrag gestrichen werden. Ein Biotopnetzverbund sei sinnvoller, als ein isolierter Wald.

Die Klimaschutzmaßnahmen seien noch nicht abgeschlossen, merkt OBM **Dr. Knecht** an. Man

habe viele Maßnahmen auf den Weg gebracht. Heute solle keine Grundsatzdiskussion geführt werden. Im 1. Quartal 2020 werden konkrete Vorschläge vorgestellt und erste Maßnahmen schnell vorangebracht, schlägt OBM Dr. Knecht vor.

Die Stadt mache bereits viel für den Klimaschutz, merkt Stadtrat **Link** an.

Stadtrat **Heer** schließt sich dem Vorschlag von OBM Dr. Knecht an.

Stadträtin **Burkhardt** bittet die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen um eine geänderte Antragstellung, ohne die Nennung einer finanziellen Summe. Sie sei optimistisch, dass Flächen gefunden werden.

Dieses Thema solle in die Klimakonferenz mitgenommen werden, wünscht Stadtrat **Handel** und geht mit dem Änderungsvorschlag mit.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den geänderten Beschlussvorschlag, wie oben eingefügt, abstimmen.

Antragstext:

Zur Gewinnung von Grundstücksflächen zur Wohnbaulandentwicklung bedient sich die Stadt zusätzlich eines Kooperationspartners bzw. einer Stadtentwicklungsgesellschaft zur Umlegung und Bebauung von zukünftigen Wohngebieten.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Die Gespräche zwischen Stadt, Wohnungsbau und privaten Bauträgern seien aufgenommen worden, so BMin **NieBen**. Weitere Gespräche werden folgen. Am Grundsatzbeschluss aus dem Jahre 2013 wolle man festgehalten. Dieser sei ein besseres Instrument als das Umlegungsverfahren. Eine Zusammenarbeit mit einer Stadtentwicklungsgesellschaft werde hierdurch nicht ausgeschlossen.

Der Grundsatzbeschluss werde nicht angezweifelt, merkt Stadtrat **Heer** an. Dennoch könne eine neutrale Stadtentwicklungsgesellschaft bessere Ergebnisse erzielen.

Stadtrat **Klotz** erwähnt den Antrag Nr. 318/15 der CDU-Fraktion. Die Stadt solle die Gebiete selbst entwickeln. Kleinere Gebiete könne man sich in einer Art städtebaulichem Wettbewerb vorstellen.

Stadtrat **Remmele** werde den Antrag unterstützen. Insbesondere der Ankauf von Grundstücken müsse überdacht werden. Er bezweifelt die Haushaltsrelevanz des Antrages.

Stadträtin **Liepins** sieht den Antrag ebenso nicht haushaltsrelevant. Dieses Thema solle im Ausschuss beraten werden. Zukünftig sollen bei Neubauf lächen Bau träger eingebunden werden. Man habe in letzter Zeit gute Erfahrungen gemacht. Ihre Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat **Prof. Vierling** geht auf den gefassten Grundsatzbeschluss ein und hofft, dass dieser bestehen bleibt.

OBM **Dr. Knecht** schlägt vor, dass der Antrag in den Ausschuss SHL verwiesen werde. Das Gremium und der Antragsteller zeigen sich hiermit einverstanden.

Antragstext:

Für das Bauvorhaben der Kreissparkasse in der Schiller-/Gartenstraße wird ein Bebauungsplan aufgestellt, der Anforderungen an eine zukunftsfähige Stadtgestaltung und Stadtplanung soweit wie möglich mit den Wünschen der Bank auf Optimierung ihrer Flächen in Einklang bringt. Das Vorhaben wird im Gestaltungsbeirat vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Nießen** geht auf den Antrag ein. Sie könne diesen nicht befürworten. Den Zeitpunkt sehe sie zu spät, da die Baugenehmigung bereits erteilt sei.

OBM **Dr. Knecht** merkt an, dass der Antrag nicht haushaltsrelevant sei.

Stadträtin **Burkhardt** weist auf das ursprüngliche Antragsdatum im Jahre 2018 hin. Über diesen

Antrag sei nicht abgestimmt worden. Die große Baumasse erfordere einen qualifizierten Bebauungsplan.

Die Prüfung habe ergeben, dass kein Bebauungsplan notwendig sei, fügt BM **Ilk** hinzu. Im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 22.11.2018 sei hierüber umfangreich informiert worden.

Während des Beratungsverlaufes und Wortmeldungen von Stadtrat **Braumann**, Stadtrat **Rothacker** und Stadträtin **Liepins**, zieht Stadträtin **Burkhardt** ihren Antrag zurück.

Antragstext:

In die durch die Schließung des Polizeipostens im Rathaus Neckarweihingen freigewordenen Räume im Erdgeschoss Neue Straße wird das Jugendcafé Neckarweihingen „Fullhouse“, Hauptstraße 98, untergebracht.

Die durch den Auszug der Feuerwehr im Jahr 2012 leerstehenden Räumlichkeiten im Hanggeschoss Hauptstraße werden einer Mehrzwecknutzung für Vereine zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung prüft die Umsetzung eines Nutzungskonzeptes in zeitlich unabhängigen Bauabschnitten.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Man habe sich um eine gastronomische Nutzung bemüht, so BMin **NieBen**. Leider ohne Erfolg. Im Haushalt seien momentan keine Mittel eingestellt. Die Planungsphase 2 werde abgeschlossen. Phase 3 jedoch nicht fortgeführt. Die beantragten Fördermittel könnten in anderen Projekten verwendet werden. Weiter geht sie auf den Prüfauftrag des Antragstellers bezüglich einer Zwischennutzung ein.

Die Räume sollten nicht ungenutzt sein, fordert Stadtrat **Braumann**.

Die geplante Nutzung biete sich an, merkt Stadtrat **Remmele** an.

Durch die langjährige Bürgerbeteiligung und das Engagement der Bürger sei eine Frustration
Protokollauszug Gemeinderat 04.12.2019

erzeugt worden, kritisiert Stadtrat **JuraneK**. Die vergebenen Planungsarbeiten sollten fortgesetzt und geprüft werden, ob eine abschnittsweise Sanierung realisierbar sei.

Stadtrat **Heer** kann dem Antrag zustimmen und geht auf den Antrag Nr. 487/16 der FDP-Fraktion ein.

BMin **Nießen** geht auf die Gebäude Hauptstraße 41/43 ein. Hierzu haben Gespräche stattgefunden. BMin Nießen schlägt vor, den Antrag in den Ausschuss SHL zu verweisen. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Antragstext:

Es wird beantragt, die Dividende der SWLB i. H. v. 500.000 Euro zu kürzen und dafür die Ausschüttung der WBL von bisher 0,5 Millionen Euro auf 1,5 Millionen Euro zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag zur WBL wird mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (FB Finanzen) geht auf die Anträge 455/19 und 462/19 ein. Es gehe um die Gewinne des Jahres 2019. Zum Ausgleich des Haushaltsentwurfes sei auch ein Beitrag der Tochtergesellschaften notwendig. Mit den Geschäftsführern sei die einmalige Gewinnabführung besprochen worden. An das Finanzamt müsse zudem die Kapitalertragssteuer abgeführt werden.

Stadtrat **Weiss** erläutert den Antrag 455/19. Dies würde für den Ergebnishaushalt ein Betrag in Höhe von 2 Millionen Euro bedeuten. Sonst müsse über Kreditaufnahmen diskutiert werden.

In beiden Gesellschaften brauche man die Mittel für die anstehenden Investitionen, so Stadtrat **Dr. O`Sullivan** und geht auf den Antrag 462/19 ein. Betriebswirtschaftlich gesehen, könne die WBL eine Ausschüttung verkraften. Man wolle Wohnbauoffensiven und Neubaumaßnahmen starten.

Beide Gesellschaften übernehmen wichtige Aufgaben, so OBM **Dr. Knecht**. Einmalig werde für das

Haushaltsjahr 2020 ein einmaliger Betrag gefordert. Die geforderten Beträge seien vertretbar.

Stadträtin **Dr. Knoß** kann mit dem Antrag der SPD-Fraktion mitgehen. Dem Antrag der FW-Fraktion könne sie nicht zustimmen. Die Wohnbau schaffe preisgünstigen Wohnraum und leiste hierdurch ihren Beitrag.

Einer einmaligen Ausschüttung werde seine Fraktion mehrheitlich zustimmen, so Stadtrat **Braumann**.

Stadtrat **Haag** folgt dem Verwaltungsvorschlag.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den WBL Anteil im Antrag 455/ 19 abstimmen. Der SWLB Anteil wird unter TOP 1.12 beraten.

Anschließend stellt OBM **Dr. Knecht** den Antrag 462/19 zur Abstimmung.

Antragstext:

Im TH_90 bei Prod.-Gr. 5220-090 (S. 508 Entwurf) wird der Ansatz für die Erträge um 500.000 Euro auf 219.000 Euro verringert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird bei Stimmgleichheit mit 19 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 1.9

Antragstext:

Die Gewinnabführung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim wird um 1 Million Euro auf 2 Millionen Euro angehoben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** geht auf den Antrag Nr.471/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ein. Dieser beinhaltet eine Anhebung von 1 Million Euro auf 2 Millionen Euro. Zudem liege der Antrag der FW-Fraktion Nr. 455/19 (SWLB Anteil) mit einer geforderten Senkung vor.

Stadträtin **Dr. Knoß** erläutert ihren Antrag. Man könne durch gewisse Maßnahmen die Einnahmeseite verbessern.

Stadtrat **Herrmann** lehnt den Antrag 471/19 ab. Die Erhöhung der Parkgebühren solle nicht über diesen Weg erfolgen und die Autofahrer zusätzlich belasten. Zudem bedeute eine Öffnung der Parkhäuser mehr Personal.

Stadtrat **Weiss** wird dem Antrag 471/19 nicht zustimmen. Die Stadtwerke haben einen teuren Querverbund zu tragen, so Weiss.

Stadtrat **O`Sullivan** wird ebenso nicht zustimmen. Die Stadtwerke haben viele Aufgaben und hohe Investitionen zu stemmen. Seine Fraktion werde mehrheitlich dem Antrag der FW-Fraktion folgen.

Ebenso wird Stadtrat **Haag** den Antrag ablehnen. Er werde dem Verwaltungsvorschlag folgen. Die Entnahme sei vertretbar.

Stadtrat **Prof. Vierling** wünscht, dass sachliche und begründete Ideen nicht als populistisch, demagogisch und ideologisch bezeichnet werden.

OBM **Dr. Knecht** erinnert an eine sachliche Diskussion und lässt über den Antrag 471/19 abstimmen.

Antragstext:

Es wird beantragt, die Dividende der SWLB i. H. v. 500.000 Euro zu kürzen und dafür die Ausschüttung der WBL von bisher 0,5 Millionen Euro auf 1,5 Millionen Euro zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag zur SWLB wird mit 14 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Die Beratung erfolgt im Zusammenhang mit TOP 1.11.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den SWLB-Anteil des Antrages abstimmen. Die WBL wird unter TOP 1.9 beraten.

Antragstext:

Der Zuschuss an den Eigenbetrieb Tourismus & Events wird von 8,5 Millionen Euro auf 8 Millionen Euro gekürzt, wovon 500.000 Euro unter Haushaltssperre stehen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Ausschuss WKV verwiesen. Das Gremium und der Antragsteller zeigen sich hiermit einverstanden.

Antragstext:

Im Jahr 2020 ist für das Blühende Barock ein Zuschuss mit 100.000 Euro als Transferleistung zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Die Verwaltung schlägt vor, einen Betrag in Höhe von 200.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Stadträtin **Burkhardt** lobt die gute Wirtschaftlichkeit des Blühenden Barock.

Diesem schließt sich Stadträtin **Liepins** an.

Stadtrat **Weiss** begrüßt diesen Vorschlag. Das Blühende Barock sei ein Markenzeichen der Stadt.

Antragstext:

Der Gemeinderat beschließt die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 385 auf 400 Hebesatzpunkte.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch
Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** teilt mit, dass der Antrag 489/19 der Linken und der Antrag 466/19 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zusammen beraten werden.

Stadtrat **Müller** erläutert den Antrag der Linken und merkt an, dass dies eine angemessene Erhöhung, auch im Vergleich zu anderen Städten, sei.

Die nachhaltigen, regulären und ordentlichen Einnahmen sollten ebenso erhöht werden, so

Stadtrat **Prof. Vierling**. Man könne durch die Erhöhung Einnahmen von rund 2,2 Millionen Euro für den Ergebnishaushalt erzielen. Die Investitionen müssen seriös finanziert werden. Weiter geht er auf die Enkelgerechtigkeit ein. Viele Betriebe seien erfolgreich und somit sei die Erhöhung zumutbar.

Stadtrat **Herrmann** lehnt beide Anträge für das nächste Jahr ab. Man solle sich nicht an den Kommunen mit den höchsten Steuersätzen orientieren. Die Beträge für die Gewerbe- und Grundsteuer sei ähnlich wie im Vorjahr. Man erhalte Mehreinnahmen durch den Finanzausgleich. Die Personalkostensteigerung solle gesenkt werden. Der Wirtschaftsstandort Ludwigsburg solle attraktiv bleiben.

Ebenso beide Anträge lehnt die FDP-Fraktion ab, merkt Stadtrat **Haag** an. Im Hinblick auf wenig Wohnraum und teure Mieten sei eine Grundsteuererhöhung unverantwortlich. Man solle versuchen die Gewerbesteuerbasis zu verbreitern und mehr Unternehmen ansiedeln.

Gewerbesteuererhöhung sei ein falsches Signal, so Stadtrat **Weiss**. Er lehnt beide Anträge ab, da die Grundsteuer auf die Mieter zurückfalle.

Die Gewerbesteuer belaste den Gewinn des Unternehmens und ein Abbau der Arbeitsplätze sei zu befürchten, meint Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Er wird einer Erhöhung nicht zustimmen. Zudem wolle man Unternehmen ansiedeln. Die Gewerbeentwicklung solle abgewartet werden. Grundsätzlich lehne er eine Erhöhung der Grundsteuer ab, da diese die Nebenkosten erhöhe.

Man müsse die Basis der Steuereinnahmen verbreitern, so Stadtrat **Müller** und hierzu gehören auch die Betriebe. Die Steuersätze seien für eine Ansiedlung nicht ausschlaggebend, sondern die raren Gewerbeplätze.

Stadtrat **Prof. Vierling** bittet um eine getrennte Abstimmung.

OBM **Dr. Knecht** stellt den Antrag 489/19 zur Abstimmung.

Danach lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag 466/19 zum Thema Gewerbesteuer abstimmen.

Stadtrat **Prof. Vierling** erläutert den Antrag Nr. 466/19 zur Erhöhung der Grundsteuer. Tendenziell treffe diese Steuer jeden, auch im Sinne einer solidarischen Finanzierung des Haushalts. Im Vergleich zu anderen Städten liege man noch immer im unteren Bereich.

Im Jahre 2020 solle keine Erhöhung erfolgen, so Stadtrat **Herrmann**. Man müsse ein Gesamtpaket mit Gebühren- und Steuererhöhungen schnüren um die Kosten für die beschlossenen Maßnahmen zum Klimaschutz auf die Bevölkerung umzulegen. Eine Verteuerung der Mieten durch Erhöhung einer Grundsteuer müsse transparent dargestellt werden.

Stadträtin **Liepins** trägt eine Grundsteuererhöhung nicht mit. Die SPD-Fraktion habe dieses Jahr kaum haushaltswirksame Anträge gestellt, fügt sie hinzu.

Stadtrat **Haag** merkt an, dass eine Grundsteuererhöhung erst ab dem Jahre 2025 zum tragen komme. Seine Fraktion habe überwiegend Haushaltsanträge mit Einsparpotential gestellt.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den Antrag 466/19 zum Thema Grundsteuer abstimmen.

Antragstext:

In § 5 der Haushaltssatzung 2020 werden die Steuersätze um jeweils 10 Punkte auf 415 v. H. für die Grundsteuer und auf 395 v. H. für die Gewerbesteuer erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag zur Erhöhung der Grundsteuer wird mit 7 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz
Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** lässt getrennt über die Gewerbesteuer und Grundsteuer abstimmen. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden. Zum Beratungsverlauf wird auf TOP 1.15 verwiesen.

Antragstext:

In § 5 der Haushaltssatzung 2020 werden die Steuersätze um jeweils 10 Punkte auf 415 v. H. für die Grundsteuer und auf 395 v. H. für die Gewerbesteuer erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag zur Erhöhung der Gewerbesteuer wird mit 11 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch
Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** lässt getrennt über die Gewerbesteuer und Grundsteuer abstimmen. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden. Zum Beratungsverlauf wird auf TOP 1.15 verwiesen.

Beschluss:

Die Erträge der Erhebung einer Vergnügungssteuer (Spielautomaten) werden im Planansatz 2020 um 200.000 Euro erhöht. Hierzu soll baldmöglichst der Hebesatz um 0,5 Prozentpunkte auf 5,5% erhöht werden. § 8 (1) Nr.1a der Vergnügungssteuersatzung wird entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag
Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** erläutert, dass mit dieser Steuer ein Lenkungszweck verfolgt werde. Die Tendenz der Spielautomaten sei rückläufig. Auf die letzte Erhöhung folgte ein Rechtsstreit. Er befürchtet bei einer weiteren Erhöhung, wie bereits in anderen Kommunen anhängig, eventuelle Rechtsstreitigkeiten, da man sich in einer Grauzone befinde. Die Anzahl der Automaten und Spielhallen werde künftig sinken, vor allem aufgrund des Abstandsgebotes.

Stadtrat **Girrbach** erläutert den Antrag. Die letzte Erhöhung liegt 5 Jahre zurück. Die Lenkungsfunktion sei wichtig. Verwerflich sehe er eine Erhöhung nicht.

Die Satzung müsse ebenso beschlossen werden, so Stadtrat **Herrmann**. Bei einem zu befürchteten Rechtsstreit binde man zudem Personal. Er werde dem Antrag nicht zustimmen. Er befürchte eine Verlagerung der Spielautomaten in andere Städte oder vermehrt zum Internetglücksspiel. Die Zahl der Spieler gehe nicht zurück. Sobald die Urteile der anderen Kommunen rechtsgültig seien, könne dieses Thema erneut diskutiert werden.

Die Rechtssicherheit solle abgeartet werden, merkt Stadtrat **Lutz** an. Er befürchte eine Verlagerung ins Internet.

Die Fraktion um Stadtrat **Maier** wird dem Antrag mehrheitlich zustimmen. Man solle auch kommunal gegen das Glücksspiel vorgehen.

Stadtrat **Heer** bezweifelt eine Lenkungswirkung und sieht den Antrag kritisch.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den Antrag abstimmen.

Antragstext:

Die Zahl der Neustellen im Stellenplan wird von 72,93 um 10,0 auf 62,93 reduziert. Die Verwaltung legt bis zur Verabschiedung des Haushalts einen Vorschlag zum Stellenplan vor.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Pauschale Forderungen seien schwer umsetzbar, so Herr **Nitzsche** (FB Personal). Es sollen konkrete Maßnahmen genannt werden und dann könnten Konsequenzen benannt werden.

Herr **Reichert** (Personalratsvorsitzender) unterstützt den gemeinsamen Weg mit der Verwaltung und appelliert an das Gremium hier mitzugehen. Man brauche eine Gemeinsamkeit zwischen Belegschaft, Gemeinderat, Oberbürgermeister und Verwaltungsspitze.

Die Verwaltungsspitze stehe in einem engen Austausch mit dem Personal und dem Fachbereich, merkt OBM **Dr. Knecht** an. Zurückhaltend habe man sich zuletzt bei Personalfördermaßnahmen verhalten.

Stadtrat **Herrmann** stellt hervor, dass keine Stellenstreichungen, sondern eine Reduzierung des Stellenanstieges gewollt sei. Die Stellenzahl sei in den letzten Jahren massiv gestiegen. Er wünscht nähere Informationen des Stellenzuwachses in den einzelnen Fachbereichen. Die Personalausgaben haben sich in den letzten Jahren fast verdoppelt. Zu beachten sei, dass es neben den tariflichen Steigerungen, auch Höhergruppierungen gegeben habe, bei gleicher Stellenzahl. Stärker als in den Vorjahren sei verwaltungsintern über den Stellenzuwachs nachgedacht worden, merkt er positiv an. Durch Aufgabenreduzierung und Sperrvermerke könnten Stellen eingespart werden, so Herrmann. Leider seien in der Vergangenheit hierzu gestellte Anträge nicht angenommen worden.

Stadtrat **Prof. Vierling** schließt sich der Analyse des Vorredners an. Es habe eine enorme Dynamik in der Personalentwicklung gegeben. Weiter geht er auf einen eventuellen künftigen wirtschaftlichen Einbruch ein. Man müsse behutsamer mit dem Stellenzuwachs umgehen. Konkret könne er keine Maßnahmen nennen. Antragsmäßig könne diese Entwicklung leider nicht gelöst werden.

Stadtrat **Weiss** sieht die Personalentwicklung als Folgekosten der Aufgaben. Kritisch müsse man Aufgaben reduzieren. Er verlässt sich auf einen ehrlichen und fairen Umgang der Verwaltung.

Stadtrat **Maier** kann dem Antrag nicht zustimmen. Eine Pauschalierung sei nicht zielführend. Es sollten konkrete Maßnahmen und Bereiche benannt werden. Eine Erhöhung der Transferleistungen sei ebenso nicht gewollt. Einzelne Stellen müssen geprüft werden.

Stadtrat **Eisele** werde ebenso nicht zustimmen. Dennoch sehe er die Entwicklung auch kritisch.

Die Verwaltung habe bereits Kürzungen vorgelegt. Man müsse über eine Wiederbesetzungssperre nachdenken. Einer Pauschalierung kann er nicht zustimmen.

Die Anträge seien zu unkonkret, betont Stadtrat **Müller** und stimmt ebenso nicht zu.

Bei jedem Beschluss müssten auch die Folgekosten bedacht werden, so Stadträtin **Burkhardt**.

Stadtrat **Prof. Vierling** zieht den Antrag 474/19 Ziffer 2 (siehe TOP 1.20) zurück. Dem Antrag der CDU-Fraktion werde er aufgrund fehlender Konkretisierung nicht zustimmen.

Stadtrat **Bauer** sieht in einem Stellenpool einen interessanten Aspekt und spricht das Modell der Stadtwerke an.

Der Prozess solle nicht in Frage gestellt werden, fügt OBM **Dr. Knecht** hinzu. Er wünscht sich Vertrauen in diesen Prozess und ist überzeugt von einem gemeinsamen zukünftigen Weg. Im Anschluss lässt er über den Antrag abstimmen.

Antragstext:

1. Die Kreditaufnahme im Haushaltsplan 2020 wird deutlich reduziert.
2. Der Zuwachs der Personalausgaben im Haushaltsplan 2020 wird deutlich reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** lässt die Anträge 474/19 Ziffer 1 und 485/19 gemeinsam beraten. Ziffer 2 zum Antrag 474/19 wird unter TOP 1.19 separat beraten.

Ziffer 1:

Herr **Kistler** (FB Finanzen) geht auf die Anträge 474/19 Ziffer 1 und 485/19 ein. Er schlägt vor bis Montag, 09.12.2019, weitere Informationen über die Änderung des Volumens den Fraktionen und Einzelstadträten zur Verfügung zu stellen. Die Kreditermächtigung werde nur bei Notwendigkeit in Anspruch genommen.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Herrmann** merkt an, dass jede Kreditaufnahme eine Belastung künftiger Generationen sei und fügt hinzu, dass seine Fraktion für 2020 keine haushaltsrelevanten Anträge gestellt habe, außer zur Toilettenanlage. Die Haushaltssituation sei gut. Ein Haushalt mit einer Neuverschuldung von 30 Millionen sei für ihn nicht zustimmungsfähig und eine Reduzierung um 10 Millionen zu wenig. Für eine Vertagung sei er offen.

Eine Neuverschuldung mit 30 Millionen sei zu hoch, so Stadtrat **Prof. Vierling**. Er kritisiert die Verwaltung bezüglich einer möglichen Reduzierung, erst nach Druckaufbau. Er geht auf die Anträge zu Steuererhöhungen ein. Man müsse die Bauinvestitionen reduzieren. Dem Verwaltungsvorschlag könne er folgen.

Der Kreditrahmen, sowie die Belastung des Haushaltes durch Tilgungen, sei ein wichtiger Punkt und die Anträge seien zielführend, so Stadtrat **Weiss**. Für das Jahr 2020 könne er dem Vorschlag von 20 Millionen folgen.

Stadträtin **Liepins** sieht die Kreditermächtigung lediglich zur Vorlage eines genehmigungsfähigen Haushaltes, bezweifelt die Haushaltsklarheit und sieht hierin eine Symbolpolitik. Große Haushaltsanträge seien nicht erfolgt. Sie geht davon aus, dass nur beschlossene Projekte in den Haushaltsplan aufgenommen wurden. Dem Verwaltungsvorschlag, bis Montag weitere Informationen vorzulegen, könne sie mitgehen.

Die Bemühungen der Verwaltung zur Reduzierung des Kreditrahmens seien anzuerkennen, so Stadtrat **Heer**. Nicht alle Projekte konnten umgesetzt werden, sofern müsse man mit einem geringeren Kreditumfang rechnen. Entsprechende Sparmaßnahmen sollten aufgezeigt werden. Die Neuverschuldung kann nur im Zusammenhang mit entsprechenden Projekten erfolgen. Zudem weist er auf einen generationengerechten Haushalt hin.

Stadtrat **Müller** ist gespannt auf den Verwaltungsvorschlag. Die Projekte sollten zeitnah umgesetzt werden, dann werde dies auch im Haushalt bemerkbar.

Stadtrat **Meyer** geht auf die Symbolpolitik der Verwaltung ein. Über die Prioritätenliste müsse eine realistische Aufzeichnung erarbeitet werden.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass keine lineare Hochrechnung erfolgen dürfe, üblicherweise erfolgen Verzögerungen in der Rechnungsstellung. Zudem müssen Rechnungen für Sondermaßnahmen berücksichtigt werden. Weiter geht er auf die Ausgaben für die Westrandstraße ein.

BMin **Nießen** geht auf die Haushaltsklausur ein. Es gebe viele beschlossene Projekte, die eine große Summe in Anspruch nehmen. Neben einem generationengerechten Haushalt müsse man sich ebenso mit der Haushaltsklarheit und -wahrheit auseinandersetzen.

Die Verwaltung schlägt zu Ziffer 1 vor, bis Montag 09.12.2019, weitere Informationen über die Änderung des Volumens den Fraktionen und Einzelstadträten zur Verfügung zu stellen. Das Gremium und die Antragsteller zeigen sich hiermit einverstanden.

Ziffer 2:

Stadtrat **Prof. Vierling** zieht den Antrag 474/19 zu Ziffer 2 zurück. Die Beratung erfolgt zusammen mit TOP 1.19.

Antragstext:

Die Bauausgaben im Haushaltsplanentwurf 2020 werden von 49,1 Millionen Euro um 20 Millionen Euro auf 29,1 Millionen Euro reduziert. Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushaltsansätze bei den einzelnen Investitionen entsprechend zu reduzieren und alle Ansätze für gegenseitig deckungsfähig zu erklären.

Die im Entwurf der Haushaltssatzung § 2 vorgesehene Kreditaufnahme wird von 30 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird gemeinsam mit TOP 1.20 zu Ziffer 1 beraten. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Antragstext:

Bei den zukünftigen Projekten und Investitionen sind generell die Folgekosten für die kommenden Jahre darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung verwiesen. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Antragstext:

Bereits vor der Gemeinderatsklausur am 27./28. März 2020 sollte eine Prioritätenliste vorgelegt werden, die getrennt nach Pflichtaufgaben (Daseinsvorsorge) und Investitionen, die geschoben werden können (Entzerrung), erkennen lässt, welche Rangfolge nach Zeit und Finanzierung möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung verwiesen. Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt OBM **Dr. Knecht** diesen Tagesordnungspunkt ab.

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg bewirbt sich für die Durchführung einer Landesgartenschau und nimmt am Auswahlverfahren für das Landesprogramm "Natur in Stadt und Land" für die Jahre 2031 - 2036 teil.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird einstimmig mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
 Stadtrat Juranek
 Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** geht auf die Vorlage ein. Die letzte Bewerbung sei leider gescheitert. Die Bewertungskommission begrüße eine erneute Bewerbung. Auch ohne Tunnel sei das Projekt von hoher Qualität. Soweit eine heutige Zustimmung erfolgt, werden die Unterlagen bis Ende des Jahres eingereicht.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Müller** sieht das Konzept als gut an, wird sich dennoch heute enthalten. Weiter geht er auf die Finanzierung ein. Die Klimaanpassungsmaßnahmen werden sich verzögern. Er befürchte einen Zugzwang auch bei deutlichen Änderungen der Rahmenbedingungen. Weiter kritisiert er das Verkehrskonzept.

Stadtrat **Handel** geht auf die Beratung im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt ein und signalisiert seine Zustimmung.

Die erneute Bewerbung wird von Stadtrat **Klotz** begrüßt. Er sieht hier ein Entwicklungspotential für Ludwigsburg. Der Schwerpunkt liege auf dem grünen Ring und dem Innenbereich. Er wünscht, dass die Stadtteile ebenso eingepflegt werden. In diesem Zusammenhang könne der Freibadsteg und die Schleuse mitgedacht werden.

Eine einstimmige Zustimmung wäre ein gutes Signal, merkt Stadtrat **Rothacker** an. Das Programm und die Maßnahmen auch im Sinne des Klimaschutzes starten teilweise bereits jetzt. Das Zusammenspiel mit dem Jubiläumsjahr des Blühenden Barockes sei super. Der Tunnel solle weiterhin mitgedacht werden. Hierin sieht er eine Verbesserung des Stadtbildes. Die Stadtteile sollen eingebunden werden. Er werde gerne zustimmen.

Stadtrat **Maier** stimmt der Vorlage ebenso zu. Es seien bereits viele Ressourcen in der Bewerbung gebunden.

Eine Landesgartenschau sei ein Infrastrukturprojekt, so Stadträtin **Knecht**. Sie stehe hinter dem Gesamtkonzept der Bewerbung und erkennt darin eine hohe ökologische und stadtklimatische Aufwertung. Die Untertunnelung könne einen Stadtboulevard entstehen lassen. Dies sei der Kern und zwingender Bestandteil der Bewerbung. Ohne Untertunnelung könne ihre Fraktion nicht

zustimmen.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass Ideen weiter gesammelt und eingespeist werden. Die Landesgartenschau beschleunige die Vorhaben und sei ein Katalysator für die Stadtentwicklung. Eine weitere Bewerbung sehe er nicht nachteilig, sondern zeige eine Ernsthaftigkeit und Überzeugung. Das eingereichte Konzept habe noch keine Detailplanung. Es sei ein Workshop und Bürgerbeteiligungsveranstaltungen, sowie Ideenwettbewerbe vorgesehen.

OBM **Dr. Knecht** sieht in der Bewerbung eine Chance für Ludwigsburg, auch ohne Untertunnelung. Er lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 4**Verlängerung der zeitlich befristeten Änderung der
Hauptsatzung
- Übertragung von Aufgaben mit Bezug zur
Unterbringung von Geflüchteten auf den
Oberbürgermeister bis 31.12.2020**Vorl.Nr. 412/19

Beschluss:

Die zeitliche Befristung der Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg vom 01.01.2019 wird bis zum 31.12.2020 verlängert.

Der Gemeinderat wird nach Ende der zeitlich befristeten Änderung der Hauptsatzung über die von dieser Regelung betroffenen Anmietungen unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird einstimmig mit 38 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Juranek
Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen und beendet die Sitzung.

Eine nichtöffentliche Sitzung findet im Anschluss nicht statt.